

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Nachwachsenden Rohstoff Holz nutzen. Klimaschutz durch Wald und starke Forstwirtschaft statt ideologischer Verbote

Das Bundeskabinett hat am 19. April 2023 den Entwurf eines Gebäudeenergiegesetzes (GEG) beschlossen. Die darin enthaltenen Vorschläge stellen eine ungerechtfertigte Diskriminierung der erneuerbaren Energiequelle Holz dar und sind somit eine echte Gefahr für die heimische Waldwirtschaft und damit auch für den Wald als zentralen Akteur des Klimaschutzes.

Ab 1.1.2024 soll Folgendes gelten:

- Holz soll nicht mehr als erneuerbare Energiequelle für das „65 %-Ziel“ im Neubau anerkannt werden, wodurch Pellet-, Scheitholz- und Hackschnitzelzentralheizungen im Neubau faktisch verboten werden.
- Kleinere Nachbarschaftsnetzwerke bis 16 Wohneinheiten werden dabei wie eine Einzelheizung bzw. ein Einzelgebäude betrachtet.
- Der Anschluss an bestehende Holz-Heizungen bei Neubau in unmittelbarer Nähe beispielsweise in der Landwirtschaft beim Bau für den Hofnachfolger soll nicht mehr möglich sein.
- Bei bestehenden Gebäuden darf eine neue Holz-Zentralheizung nur in Kombination mit einer solarthermischen Anlage oder einer Photovoltaik-Anlage, einem Staubabscheider sowie einem Pufferspeicher eingebaut werden (Kombinationspflicht).

Der Entwurf des GEG ist sowohl ökonomisch als auch ökologisch der falsche Weg! Holz ist eine bewährte erneuerbare Energiequelle. So hat es unlängst die Europäische Union nochmals festgestellt. Im Gegensatz zu fossilen Brennstoffen ist es im Rahmen der nachhaltigen Forstwirtschaft nachwachsend. Zu Pellets wird vornehmlich Holz verwertet, das nicht anderweitig und höherwertig vermarktbare ist. Als Reste vom Durchforsten, Abfall- und Restholz ist es ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Waldwirtschaft.

Ausgegeben: 16.05.2023

Sollte dieses Holz künftig nicht mehr als Brennholz genutzt werden, führt dies zur Einschränkung der Waldpflege und zur Erhöhung des Waldbrandrisikos. Auch für das Klima ist das eine schlechte Nachricht. Denn das Holz zersetzt sich nach und nach und setzt damit das im Holz gebundene CO₂ frei, ohne dass damit ein energetischer Nutzen verbunden wäre und so Öl und Gas ersetzt werden könnte.

Der ökonomische Schaden tritt hinzu. Denn der Erlös aus dem Brennholz ist ein wesentlicher Posten der Wirtschaftlichkeitsrechnung jedes Waldbesitzers, aus der die nachhaltige Waldpflege finanziert wird. Es ist widersinnig, der deutschen Forstwirtschaft damit Einnahmen zu entziehen, die für den notwendigen klimaresilienten Umbau des Waldes dringend gebraucht werden.

Gerade im ländlichen Raum ist das faktische Verbot von Holzheizungen ein soziales Problem. Viele Saarländerinnen und Saarländer heizen mit selbst im Wald „gemachten“ Holz zu, um die Wärmerechnung im Griff zu behalten. Mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz zu heizen, ist für viele Menschen in unserer Region ein Stück soziale Notwendigkeit aber auch Lebensqualität.

Der Landtag wolle daher beschließen:

Wir fordern die Landesregierung daher auf, sich im Rahmen der Bundesratsbeteiligung für die Einordnung der Energiequelle Holz als erneuerbar einzusetzen und damit die weitere nachhaltige Nutzung des Rohstoffs Holz im Gebäudebestand und im Neubau zu ermöglichen.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.